



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Europäische Milliarden in Bayern zukunftsorientiert investieren: ERASMUS+ mehr jungen Menschen zugänglich machen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Strukturen zur Beantragung und Verwendung von ERASMUS+-Mitteln im Freistaat Bayern zu stärken und damit auf die erheblichen Zuwächse des ERASMUS+-Programms von 14,7 Mrd. Euro in der Periode 2014 bis 2020 auf 23,4 Mrd. Euro in der Periode 2021 bis 2027 zu reagieren.

Bei der Stärkung der Strukturen im Freistaat gilt es zu berücksichtigen, dass bisher deutlich unterrepräsentierte junge Menschen die Chance auf eine internationale Erfahrung erhalten. Hierzu sollen insbesondere

- die Austauschstrukturen an Mittel-, Real- und Förderschulen durch die Einführung von internationalen Koordinatorinnen und Koordinatoren ausgebaut werden,
- die Internationalisierung der Lehrkräfteausbildung in Form von eigenen Austauschereferenzen für angehende Lehrkräfte sowie Fortbildungsangebote ausgebaut werden,
- die Zusammenarbeit von Schulen mit gemeinnützigen Austauschorganisationen ausgebaut werden,
- im Bereich der beruflichen Bildung die Mobilitätsberatung in Zusammenarbeit von Kammern und Berufsschulen gestärkt sowie Kontaktseminare zur Knüpfung neuer Partnerschaften ausgerichtet werden.

Begründung:

Die Einigung von Parlament und Rat zum künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen der EU sieht eine erhebliche Steigerung des Budgets für ERASMUS+ im Vergleich zur vergangenen Förderperiode vor. Damit steigen auch die Mittel, die potenziell von öffentlichen Stellen und Organisationen in Bayern für die Finanzierung von Austauschereferenzen junger Menschen beantragt werden können.

Schon jetzt ist der internationale Austausch in Bayern von sozialer Ungleichheit geprägt. An den allgemeinbildenden Schulen finden 80 Prozent der Austausche an Gymnasien statt (siehe Schriftliche Anfrage Drs. 18/4861). Während ein Auslandssemester für viele Studierende zum Studium selbstverständlich dazugehört, kommen unter den Auszubildenden gerade einmal sechs Prozent in den Genuss einer Austauscherefernung (siehe SINUS Studie 2019, S. 17).

Um dem Ziel, allen jungen Menschen im Laufe ihrer Schul-, Ausbildungs- und Studienzeits die Chance auf eine Austauscherefernung zu eröffnen, näher zu kommen, muss die

Staatsregierung mit der neuen Förderperiode von ERASMUS+ einen besonderen Schwerpunkt auf unterrepräsentierte Gruppen legen. Damit beispielsweise mehr Austausch außerhalb der Gymnasien stattfinden kann, braucht es starke Strukturen zur Beantragung und Verwendung von ERASMUS+-Geldern sowie zur Durchführung der Austausche an anderen Schulformen.